

Pressemeddelelse
Kiel, 19.08.1998

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Thema Innere Sicherheit darf im Bundestagswahlkampf nicht mißbraucht werden

Die SSW-Landtagsvertretung hielt gestern ihre jährliche Klausurtagung in "Aktivitetshuset" in Flensburg ab, bei der die beiden SSW-Landtagsabgeordneten, Anke Spoorendonk und Peter Gerckens sowie ihre Mitarbeiter die zukünftige politische und organisatorische Arbeit der Landtagsvertretung festlegten. Neben der Diskussion um politische Schwerpunkte und mögliche Initiativen beschlossen die beiden Abgeordneten ein umfangreiches Besuchsprogramm für das kommende Jahr. So will man zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen im Landesteil Schleswig besuchen, um sich ein Bild über die aktuelle Lage zu verschaffen. Weiterhin sind Informationsbesuche bei Sönderjyllands Amt und der Öresundsregion - Kopenhagen/Malmö geplant.

Die Abgeordneten unterstrichen, daß der SSW seine unabhängige Politik als Sprachrohr für den Landesteil Schleswig fortsetzen wird. Gerade in der heutigen Zeit sei es wichtig, daß sich der SSW aus seiner nordischen Grundhaltung heraus verstärkt für die Verantwortung des Staates gegenüber sozial Schwachen und für die Wahrung der liberalen Grundrechte einsetze.

Hinsichtlich des bisherigen Bundestagswahlkampf und des aktuellen politischen Klimas in der Bundesrepublik machten beide SSW-Abgeordnete deutlich, daß mit dem Thema Innere Sicherheit Mißbrauch betrieben würde: "Der Konkurrenzkampf von CDU/CSU und SPD um einen härteren Kurs in der

Kriminalitätsbekämpfung und in der Ausländerpolitik ist besorgniserregend. Wer fordert, daß kriminelle Jugendliche in Heimen weggeschlossen werden sollen und Ausländer schon bei kleinsten Vergehen ausweisen will, der trägt zur Schaffung eines Klimas bei, in dem noch radikalere Forderungen gedeihen. Alle bisherigen Erfahrungen bei Wahlen - so beispielsweise in Hamburg und Sachsen-Anhalt - zeigen, daß nur die extreme Rechte von einem solchen Kriminalitäts- und Ausländerwahlkampf der Parteien profitieren. Warum widmen sich die großen Parteien statt dessen nicht endlich der Arbeitslosigkeit und den großen sozialen Probleme? "